

Das ist ihm jetzt offenbar wieder gelungen. In den letzten Wochen sind mit Adelmans Hilfe mehr als 70 Iraner in die Bundesrepublik eingereist, um als



Antrag

**Ich beantrage politisches Asyl
in der Bundesrepublik Deutschland**

Außerdem lägen „Menschlichkeit und humanitäre Hilfe“ ohnehin „im öffentlichen Interesse“, dagegen könne Bonn wohl schlecht etwas haben. Diese Argu-

mentation ist für die Strafverfolger offenbar ein harter Brocken. Auch nach wochenlangen Ermittlungen haben sie Adelmann bisher unbehelligt gelassen.

Mit seinen Phantasie-Visa umgehen die Asylanwärter eine Bestimmung im Ausländergesetz, die alle Fluggesellschaften seit Januar verpflichtet, Passagiere aus Nicht-EG-Staaten nur mit Transit-Visum oder Aufenthaltsgenehmigung in die Bundesrepublik zu fliegen. Das Airline-Personal selbst muß Pässe und Visa prüfen. Die Papiere der Adelmann-Kunden wurden bislang akzeptiert.

Über eine Filiale in Istanbul, die als „Bürogemeinschaft“ mit einem Reisebüro kooperiert, senden die Asylanwärter Kopien ihrer Pässe ins schwäbische Sentenhardt. Versehen mit einem Transit-Visum des Adelmann-Vereins, kommen die Unterlagen nebst den Asylanträgen per Post an die Empfänger im Iran.

Schon bei der Kontrolle durch den Bundesgrenzschutz, gleich nach Landung auf deutschem Boden, weisen die Ankömmlinge ausgefüllte Asylanträge mit 14 Fragen und angekreuzten Antworten vor, adressiert an den „Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten“.

Auf den Anträgen, in denen Adelmann jeweils „die bei mir auf Computer gespeicherte neueste Rechtsprechung“ verarbeitet, attestieren sich die Asylbewerber vorweg selbst, sie würden von „staatlichen Organen“ ihres Heimatlandes politisch und persönlich verfolgt. Und sie versichern auch, den Antrag „nicht mißbräuchlich zum Zwecke der Aufenthaltserschleichung zu stellen“ – obgleich sie als angeblich Verfolgte mit Wissen der iranischen Behörden ihr Heimatland verlassen.

„Ich habe einen Weg gefunden“, so Adelmann, „völlig legal jede Menge Asylananten hereinzuholen.“ Auch eine Verletzung des deutschen Paßgesetzes sieht er nicht, weil der persische Staat die mit Privat-Visum versehenen Pässe ausstellt. Zudem seien die freien Seiten in den Dokumenten dazu da, „daß Dritte dort ihre Bestimmungen einsetzen oder einstempeln können“ – wie das in vielen Staaten auch geschieht. „Es gibt kein Gesetz, das mir verbietet, dort Bescheinigungen reinzukleben, die Pässe bleiben unverfälscht“, so Adelmann.

Natürlich macht Adelmann das nicht umsonst: Mindestens 3000 Mark müssen die Iraner aufbringen, davon rund 2300 Mark für den Flug von Teheran in die Bundesrepublik. Hinzu kommt die „Bestechung türkischer Beamter“ (Adelmann), den Rest teilen sich das Reisebüro „und meine Wenigkeit“, wie er sich bescheiden nennt. Dabei denkt der Adlige aus Schwaben schon an Expansion: Weitere Visa-Büros des Ausländer-Vereins sind in Beirut und Ghana geplant.

Die Ermittlungen wartet der Graf mit Zuversicht ab: „Die Arbeit geht weiter, staatliche Verfolgung bringt mich nur auf neue Gedanken und verbesserte Möglichkeiten.“

AIDS

Fataler Irrweg

Die Deutsche Aids-Hilfe hält die Infektionsgefahr bei Heterosex für gering. Kritiker werfen dem Verband vor, er verharmlose die Risiken.

Wenn der Berliner Sozialwissenschaftler Gerd Paul, Ex-Vorsitzender der Deutschen Aids-Hilfe, mit seiner neuesten Prognose recht behalten sollte, dann bringt die große Seuche jedenfalls zwei Säulen des modernen Industriestaats nicht zum Einsturz: „Weder der Immobilienmarkt noch die Beamten-schaft werden an Aids zugrunde gehen.“

Die provokante Replik fiel vorige Woche in Bonn, als der Bundesverband der rund 50 lokalen und regionalen Aids-Hilfe-Organisationen sein Memorandum „Leben mit Aids“ vorstellte. Sie richtet sich gegen jene Wortführer in der Diskussion, die mitunter auch abseits ihrer

Fachkompetenz für die nächsten Jahre die Aids-Toten schon nach Millionen hochrechnen und furchtbare sozialpolitische Folgen prophezeien.

Die Seuche tangiere „auch vitale Interessen der Banken“, schrieben etwa die Professoren Wolfgang Stille und Eilke Brigitte Helm, die zwar in Deutschlands Bankenhauptstadt Frankfurt leben, aber doch als Internisten gegen die Krankheit ankämpfen: „Wenn zehn Prozent der potentiellen Immobilienkäufer gestorben sind, ein weiterer hoher Prozentsatz chronisch krank oder entmutigt ist, dann scheint es unausbleiblich, daß... der Immobilienmarkt durch Aids kollabieren wird.“

Bayerns forscher Innenstaatssekretär Peter Gauweiler und sein Bonner CSU-Parteifreund Friedrich Zimmermann sehen zunächst einmal den öffentlichen Dienst von Aids bedroht. Sie wollen ins Beamtenverhältnis nur noch solche Bewerber berufen, die sich vorher testen lassen und HIV-negativ sind.

Aids-Experten mit globalem Weitblick sind überzeugt, daß die Seuche viele Gegenwartsprobleme auf ihre Weise löst. Der schwedische Virologe Michael Koch, Berater für die Aids-Bekämpfung in Skandinavien, rechnet damit, daß das Nord-Süd-Gefälle durch möglicherweise 80 Millionen Aids-Tote in Afrika seine Bedeutung verlieren wird. Das Problem der Überbevölkerung wie der Ost-West-Konflikt würden hinfällig, und das amerikanische Weltraumrüstungsprojekt SDI sterbe schlicht am Geldmangel, weil das Land für die Behandlung seiner Aids-Kranken viele Milliarden Dollar aufbringen müsse.

Solchen Szenarien setzte die Deutsche Aids-Hilfe nun die These entgegen, daß



SPIEGEL-Titel 22/1987
Bedrohung für die Beamenschaft?

* Bei der Präsentation ihres Memorandums am 22. Juni in Bonn, mit dem Vorsitzenden der Bundespressekonferenz Sten Martenson (2. v. r.) und Ellis Huber, Präsident der Berliner Ärztekammer.



Deutsche Aids-Hilfe-Funktionäre Paul, Riehl*: „Nüchterne Risikoabschätzung“